



REPUBLIK ÖSTERREICH
Oberstaatsanwaltschaft Graz

Jv 2372-1a/93

An das
Präsidium des
Nationalrates

W i e n

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl.	60-GE/19.93
Datum:	6. SEP. 1993
Verteilt	8.9.93 Krd

Dr. Bauer

Graz, am
Marburgerkai 49
A-8010 Graz

1.9.1993

Briefanschrift
A-8011 Graz, Marburgerkai 49

Telefon 0316/80 64-0*
Telefax 0316/80 64-500
Sachbearbeiter

Nebenstelle*

(DW)

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Gnadenverfahren neu
geregelt wird;
Begutachtungsverfahren

Unter Bezugnahme auf den Erlaß des Bundesministeriums für Justiz vom 10.8.1993, GZ 518.014/1-II 3/93, werden je 25 Ausfertigungen der Stellungnahmen der Oberstaatsanwaltschaft und der Staatsanwaltschaft Klagenfurt zu obigem Entwurf vorgelegt. Von den Staatsanwaltschaften Graz und Leoben wurden die Stellungnahmen direkt vorgelegt.

Der Leiter der Oberstaatsanwaltschaft:

König



REPUBLIK ÖSTERREICH
Oberstaatsanwaltschaft Graz
Jv 2372-1a/93

An das

Bundesministerium für Justiz

W i e n

zu GZ 578.014/1-II 3/93

Graz, am 17.8.1993
Marburgerkai 49
A-8010 Graz

Briefanschrift
A-8011 Graz, Marburgerkai 49

Telefon 0316/80 64-0*
Telefax 0316/80 64-500
Sachbearbeiter
OStA Dr. Schnuderl
Nebenstelle* (DW)

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
das Gnadenverfahren neu geregelt wird;
Begutachtungsverfahren

Unter Bezugnahme auf den Erlaß vom 10.8.1993 beehrt sich die Oberstaatsanwaltschaft die Stellungnahmen der unterstellten Anklagebehörden in Vorlage zu bringen und ihrerseits zum Entwurf selbst wie folgt Stellung zu nehmen:

Die Konzentration des Gnadenverfahrens beim Bundesministerium für Justiz im Sinne des neuen § 408 StPO ist zu begrüßen, doch wird dieser Umstand zweifellos zu einer vermehrten Zahl von Gnadenverfahren "mit Berichtsauftrag" führen. Da kaum anzunehmen ist, daß das Bundesministerium für Justiz die Aktenbeischaffung und die Gnadenerhebungen selbst unmittelbar vornehmen wird, wird daraus mit Sicherheit eine Mehrbelastung der nachgeordneten Dienststellen (Staatsanwaltschaften oder Gerichtshofpräsidien) resultieren.

Da das künftige Gnadenverfahren als
Verwaltungsverfahren konzipiert ist, bieten sich die
Präsidenten der Gerichtshöfe I. Instanz als
Justizverwaltungsorgane geradezu für die Durchführung der
Gnadenerhebungen an. Die in den Erläuterungen zum Entwurf
(Seite 11 Mitte) geäußerten Bedenken, die von den Präsidenten
mit den Erhebungen betrauten Sicherheitsbehörden könnten der
irrigen Ansicht sein, es handle sich um einen Auftrag im Rahmen
der Strafgerichtsbarkeit, treffen auch dann zu, wenn die
Staatsanwaltschaften mit den Erhebungen betraut sind, zumal die
Haupttätigkeit der Staatsanwaltschaften ebenfalls in der
Strafrechtspflege besteht (§ 1 StAG). Während die Präsidenten
der Gerichtshöfe I. Instanz jedoch bereits bisher, z.B. als
Vollzugsoberbehörde gemäß § 12 StVG, auch als
Justizverwaltungsorgane einschreiten und dabei die
Verwaltungsverfahrensgesetze anwenden, trifft dies auf die
Staatsanwaltschaften nicht oder nur kaum zu. Immerhin handelt
es sich bei den Staatsanwaltschaften um keine
Verwaltungsbehörden im eigentlichen Sinne, sondern vielmehr um
Organe der Strafrechtspflege sui generis (vgl. Bericht des
Justizausschusses, 894 der Beilagen XVI. GP). Seitens der
Oberstaatsanwaltschaft Graz wird daher dem Alternativvorschlag,
mit den Gnadenerhebungen die Präsidenten der Gerichtshöfe
I. Instanz als Justizverwaltungsorgane zu betrauen, der Vorzug
gegeben. Selbstverständlich sollten die mit der Sache
seinerzeit befaßt gewesenen Anklagebehörden weiterhin
Stellungnahmen zu den Gnadengesuchen abgeben dürfen. Zu
begrüßen ist die Absicht, Instanzen, die mit der Sache nicht

- 3 -

befäßt waren, von der Stellungnahme auszunehmen.

Unter einem wurden erlaßgemäß 25 Ausfertigungen der
Stellungnahmen dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Der Leiter der Oberstaatsanwaltschaft:

